

## Auszug aus Streifzüge bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/und-redl-ist-ein-ehrenwerter-mann.html>)

erstellt am: 3. März 2024

Datum dieses Beitrags: Dezember 1998

# Und Redl ist ein ehrenwerter Mann

Mir ist ein rätselhafter Text vor die Augen gekommen. Er handelt vom Umgang mit Geschichte. Dabei bringt er Biografisches ebenso zur Sprache wie Historisches. Bezogen ist dieser Umgang mit Geschichte auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und auf Österreich und dessen Linke. Der Text ist rätselhaft in seiner Form. Sein Titel „Dank an Martin Walser“ liefert eine assoziative Folie, auf der, vielfach gebrochen die wichtigsten Themen der Auseinandersetzung mit der Gesellschaft des späten 20. Jahrhunderts aufleuchten. Insofern ist der Text der Kritik würdig auf Grund seines paradigmatischen Charakters.

### ■ GEROLD WALLNER

Bernhard Redl schreibt in der Nummer 25 der „akin“ unter dem Titel „Dank an Martin Walser“ eine Philippika gegen den herrschenden staatstragenden Antifaschismus, der bloß zu moralischer Selbstversicherung und demokratischem Konsens nütze, jede Auseinandersetzung aber mit Grund und Ursache für die skandalöse Barbarei im Zentrum der Metropole hintertreibe. Der Text hat den Untertitel „Über die Folgen pathetischer Geschichtsschreibung“ und nimmt Martin Walser zum Zeugen gegen eine manichäische Sicht auf die faschistische Vergangenheit. Die Wendung gegen den Manichäismus, also gegen die Sicht auf Gut und Böse als ewig widersetzliche, widerstreitende Prinzipien, verkörpert in Faschismus und Widerstand, erlaube es, aus der verpflichteten

Selbstkasteiung und verordneten Betroffenheit, die wie ein Schibboleth präsentiert wird, endlich auszusteigen. Nicht mehr werde faschistische Verkörperung in der Geschichte der eigenen Verwandten gesucht, von denen es sich loszusagen gelte, nicht mehr werde historische Verantwortung und Schuld bis ins siebte Glied sich aufgeladen, nicht mehr werde die angenommene eigene und nie vor Ort bewiesene Tugendhaftigkeit zur Schau gestellt (cit. Redl: „Man verdrängt lieber die Tatsache, dass es nun mal in Zeiten des Wohlergehens meist einfacher ist, anständig zu bleiben, als in den Zeiten der politischen Cholera.“). Ein neuer Abschnitt in der Beziehung zur Vergangenheit tue not, der nicht mehr mit dem manichäischen Blick sich begnügt (cit Redl: „Und schlechte Richter sind wir, wenn wir sagen: ‚Diese Tat ist nicht zu verstehen, der Beschuldigte ist einfach moralisch verderbt.‘ Daraus wird niemand lernen.“).

Ich muss nun innehalten, um zuzugeben, dass dies alles so im Text, der ja in der Form rätselhaft ist, nicht steht. Aber es lässt sich bei wohlwollender Aufnahme daraus extrahieren. Selbst missverständliche, unglückliche oder dumme Formulierungen lassen sich noch so verstehen und interpretieren. So schreibt Redl etwa: „Solange aber diese Geschichtsvorstellungen herrschen, kann man sicher sein, dass der berühmte kleine Mann von der Straße bestimmt kein differenziertes Bild dieses Landes und dieses Jahrhunderts bekommt. Und das ist für den Machterhalt sehr wichtig. Und deswegen machen wir lieber — nachdem Jahrzehnte lang geschwiegen wurde, weil da einfach noch zu viele Be-

lastetete an den Hebeln gesessen waren — auf mahnenden Antifaschismus, bis der letzte unzufriedene Jugendliche auf die Idee kommen kann, dass das vielleicht doch eine tolle Zeit war. Denn wenn eine heuchlerische Gesellschaft, die sich einen Scheißdreck um so etwas wie Volksbildung schert, den mahnenden Zeigefinger erhebt, dann begreifen viele dies — ja, eben, als Fingerzeig: ‚Das sind unsere schlimmsten Feinde! Die machen unsere schöne Demokratie kaputt!‘ Wenn junge Menschen aber nicht mit diesem politischen System zufrieden sind, dann wissen sie dank dieser gelungenen Art von Aufklärung, wohin sie zu gehen haben. Wenn dann die VAPO marschieren, dann haben jene, die ja doch immer davor gewarnt haben, endlich eine Rechtfertigung für ihre selbstgefällige Art.“ Dies alles ist wohl der Erörterung und der Diskussion wert, und Redl bleibt bei aller Diffusion durchaus konsequent, wenn er gegen Ende seiner Polemik meint: „Eine andere möglicherweise recht hilfreiche Geschichte sind die jetzigen Forderungen der ehemahigen Zwangsarbeiter und enteigneten Flüchtlinge. Denn die Sache ist viel unangenehmer, als die Zeitgeschichtehysteriker gerne hätten. Denn hier kann nur mehr sehr schwer die Rede von ‚nicht erklärbarem Wahnsinn‘ und ähnlichem die Rede sein. Denn während beim ganz normalen Holocaust man nur die für den Machterhalt äußerst wirksame Sündenbockfunktion ignorieren musste, sind hier massive ökonomische Gründe dingfest zu machen, da dürfte es eigentlich nicht mehr viel brauchen, das ‚Unverständliche‘ plötzlich sehr verständlich zu machen.“

Auch wenn dieser Absatz recht konfus daher kommt, so ist doch die Wendung, von persönlichen Schicksalen und abgeltbaren Schuldigkeiten zu sprechen, durchaus geeignet, einen demokratischen Antifaschismus auf die Probe zu stellen. Dass aber Redl wesentlich zu kurz greift, wenn er hier Angriffsmöglichkeiten auf den herrschenden gesellschaftlichen Konsens vorzufinden meint, soll in der Folge nachgewiesen werden.

Zunächst möchte ich ein paar Worte über den legitimatorischen Antifaschismus verlieren. Wenn auch vom Faschismus schweigen solle, wer vom Kapitalismus nicht reden will, so gilt dies — und hier hoffe ich, wird mir Redl zustimmen — auch vom Antifaschismus. Speziell in Österreich hat sich eine national gefärbte Spielart des Widerstands etabliert und gesellschaftsfähig gemacht, die sich darauf beschränkte, einfach gegen die Piefke zu sein. Ein nationales Raisonement mit Wurzeln, die noch weit in die Diskussion der Deutschen Frage und die Frustration der nationalen, deutschen, demokratischen Österreicher durch das Octroy der Kleindeutschen Lösung reichen, aber auch mit Wurzeln in einem Bewusstsein des besseren Deutschtums, gespeist von der Habsburgischen Römisch-Deutschen Reichstradition, konnte sich leicht schon während (aber auch schon vor) der Hitlerei sinnstiftend breit machen und den Boden für spätere Legenden von Widerstand und Opfer bereiten. Hier war schon ein Grund gelegt, auf dem hinfort ein neues Österreich stehen konnte, und dieser Grund war ein nationaler, an den nicht mehr gerührt werden durfte. Es ist diese nationale Durchsichtigkeit, die den Antifaschismus als Grundlage von Republik und Demokratie immer wieder fadenscheinig erscheinen lässt.

Als etwa Haider mit seinem Ausspruch von der österreichischen Nation als ideologischem Konstrukt einen Sturm im antifaschistischen Wasserglas entfesselte, so konnte eins doch in dieser Zeit Artikel finden (fragen Sie mich jetzt nicht wer sie geschrieben hat; einer, glaube ich, war von Michael Siegert, aber fragen Sie mich jetzt nicht, wo ich ihn gefunden habe), in denen beschrieben wurde, wie das Exil der Sozialdemokratischen Partei in London

noch bis zur Veröffentlichung der Moskauer Deklaration die Position vertrat, der Anschluss Österreichs würde nicht rückgängig gemacht. Nur der Hitlerei gelte der Kampf, nicht aber sei er gerichtet gegen die vereinte deutsche Republik, die aus diesem Kampf erstehe. Und wer will behaupten, Alfred Klahrs Beweis einer österreichischen Nation (der notwendig war, um für eine korrekte antifaschistische Volksfront eine fortschrittliche Schicht einer nationalen Bourgeoisie zur Hand zu haben) wäre kein ideologisches Konstrukt? Die gleiche Beweisführung wäre ohne weiteres auf Bayern anwendbar!

Aber ich kann mich auch an Diskussionen ohne den von Haider gelieferten Vorwand erinnern, wo erklärt wurde, durchaus gegen eine versteinerte stalinistische Doktrin gerichtet, die deutsche Frage sei noch nicht gelöst. Argumentiert wurde auf der Ebene der idealtypischen Entwicklung der Menschheit von Sklaverei über Feudalismus und Absolutismus zur bürgerlichen Revolution, von da ausgehend vorwärts zu Sozialismus und Kommunismus. Und da gelte es, das Manko des deutschen Sonderwegs endlich durch eine schöne bürgerliche Entwicklung zu überwinden, damit auch vom deutschen Citoyen, von der deutschen Zivilgesellschaft gesprochen werden kann. Dieses Defizit (keine ordentliche bürgerliche Revolution vorweisen zu können, wo doch selbst die Italiener ihren Garibaldi hatten), das der Verwendung des vulgarisierten Epochenmodells des historischen Marxismus entspringt, mit emanzipatorischen Ansprüchen und Entwicklungen zu füllen, bedeutet die Überwindung der reaktionären Seite der deutschen (und mit ihr der österreichischen) Geschichte.

Wo nun aber am Ende der Argumentation frisch wieder nur die Nation steht, taucht mit ihr ihre Form der Vergesellschaftung auf mit allen Mitteln, diese Vergesellschaftung auch durchzusetzen, wovon eines die nationale Versöhnung ist. Nationale Versöhnung aber wiederum ist vor allem dort angesagt, wo der Normalzustand beschworen werden muss, wo von Sonderentwicklungen, von verlorenen Kriegen, von begangenen Verbrechen abgesehen werden soll im wohlverstandenen eigenen Interesse. Wie national diese Ver-

söhnung ist, wie versöhnlich mit sich als Nation dabei umgegangen wird, zeigt sich etwa daran, wenn Etappenmarxismus und Wirtschaftsliberalismus gemeinsam das Klagegedicht von der versäumten bürgerlichen Entwicklung anstimmen und durchaus einer Meinung sind, wenn sie die Dominanz obrigkeitsstaatlicher Gängelung und hündischer wie ständischer Strukturen angreifen.

Redl hat seine Attacke gegen den verordneten nationalen Antifaschismus mit dem Argument geritten, einmal müsse Schluss sein. Er wird sich dabei wohl dessen bewusst sein, wer dieses Argument noch verwenden mag. Nun bedeutet bei Redl der große Schlussstrich nicht, dass ab jetzt nicht mehr darüber gesprochen wird, dass es ab jetzt keine Schuldigen mehr gebe. Es wird darüber gesprochen, aber es gibt keine „Moralwellen“ mehr, keine „massiven Bekenntnisse“, mit denen „jetzt etwas gut(zu)machen“ wäre. Jetzt gibt es nur noch das Konkrete. Zwangsarbeiter werden entschädigt. Die Geschichte wird neu geschrieben. Und dann ist cit. Redl „sehr wohl (...) das Gefühl der persönlichen Betroffenheit gerechtfertigt — nicht nur, was die Nazis angeht, sondern gegenüber allem, was beschissen ist auf dieser Welt.“ Es wird wohl hinfort so mit der Hitlerei umgegangen werden können, wie auch andre zivilisierte Gesellschaften mit ihrer Geschichte umgehen. Kohl und Redl jedenfalls haben die Gnade der späten Geburt, und auch Jaques Chirac wird nicht für die Grande Terre verantwortlich gemacht. Und das Schöne daran ist ja, dass das Ganze auch noch stimmt.

Doch Redl bleibt Gefangener des nationalen Diskurses. Zwar lehnt er nationales Gedankengut in Form des konsensualen, verfassungsmäßigen Antifaschismus ab, mehr noch: er reisst diesen Antifaschismus aus seiner nationalen Umgebung, indem er ihm höhere moralische Weihen der Betroffenheit, der Einzigartigkeit (in Abstoßung von der Einzigartigkeit des Judenmords) und des Irrationalen (im Erschauern vor der Unerklärbarkeit) verleiht. Darnach wendet sich Redl gegen ihn, um an ihm zu kritisieren, dass er Welt und Gesellschaft nicht zu verbessern, keine Aufklärung zu leisten vermag (worin

ihm Recht zu geben ist) und fordert ein Ende der Debatte, aus der er sich wohl auch fortstehlen will. Er will ganz normal betroffen sein über alles, was beschissen ist in der Welt. Er will sich diese Normalität nicht nehmen lassen, indem er das Argument von der Einzigartigkeit der Verbrechen des deutschen Faschismus akzeptieren muss. Doch es war immer schon Schwäche der Linken, ihre Kritik der bürgerlichen Gesellschaft an Nation und Demokratie vorbei zu entwickeln. Und wenn auch Redl nicht zu den linken Vaterlandsverteidigern vom Schlage einer KPÖ (Immer für Österreich) oder der antiimperialistischen Figuren diverser Kommunistischer Bünde (die ja heute als Grüne und WissenschaftlerInnen, als Abgeordnete und SoziologInnen für sich in Anspruch nehmen, die deutsche und mit ihr die österreichische Gesellschaft zivilisiert zu haben) zuzurechnen ist, so kann er doch nicht den Ehrentitel des vaterlandslosen Gesellen für sich in Anspruch nehmen. Denn wer vom Antifaschismus redet, spricht sofort von der Nation.

Heute kann es nur darum gehen, als Grundlage jeder kritischen Analyse und Polemik das antinationale Argument zu verbreiten. Es kann nur darum gehen, den Nachweis zu führen, dass es gute Nationen nicht mehr gibt, dass die Versprechen der Verfassungen eingelöst sind, dass die Nationen zu Entwicklung und Förderung von Wohlstand und Wissen nichts mehr beizutragen haben, dass die Berufung auf nationale Traditionen nur noch zu Lächerlichkeit oder Barbarei führen. Wenn ich diesen Nachweis führe, wird mir der Faschismus aber dann nicht mehr als Betriebsunfall, etwa als dunkle Seite der Deutschen Seele, daherkommen können. Er wird sich mir auch nicht als klassenkämpferisches Komplott der verkommensten Schichten der Bour-

geoisie präsentieren können. Mit anderen Worten: wenn ich die Nation in den Mittelpunkt meiner Kritik an der Gesellschaft stelle, sie zu meinem Ansatzpunkt der Vermittlung dieser Kritik mache, dann ist auch dem Faschismus nicht mehr erlaubt, an den Rand dieser Gesellschaft gerückt zu werden, wo er dann nachträgliche Rechtfertigungsmuster verschiedener Politikformen abgeben muss. Nein, er steht dann in Kritik und Analyse dort, wo er auch im wirklichen Leben gestanden ist: mitten im Zentrum der Metropolen. Es ist diese zentrale Stellung, diese Position im Herzen der Zivilisation, die sein Skandalöses ausmacht, die ein Stachel im Bewusstsein des bürgerlichen politischen Subjekts ist. Immer wieder wurde versucht, die Verbrechen des Faschismus zu relativieren mit Hinweisen auf die Völkermorde an Indianern und Armeniern, mit Hinweisen auf die Gefangenenlager der Briten während der Burenkriege. Aber alle Wege führen nach Rom, und die Verbrechen, die den Faschismus relativieren sollen, weisen auf nichts anderes als die Nation: die amerikanische, die türkische, die südafrikanische, und alle in der Entwicklung zum modernen metropolen Staat. Wie wir sehen, greift ein Antifaschismus, der vom Faschismus ausgeht, zu kurz. Ebenso zu kurz greift eine Kritik des Antifaschismus, die sich bloß auf eine seiner Spielarten einlässt, sich aber ihrer Sehnsucht nach geordneten Verhältnissen unbewusst ist.

Wenn ich heute die bürgerliche Gesellschaft dahingehend kritisiere, dass sie jeder Dynamik verlustig gegangen ist, dass ihre Kraft verpufft ist, dass ihre Demokratie nicht mehr mehrheitsfähig ist, dann ist in diese Kritik auch das Konzept von politischer Verständigung eingeschlossen, und damit auch antifaschistischer Tradition jeder politischen Ausrichtung. Wenn ich heute

die bürgerliche Gesellschaft dahingehend kritisiere, dass sie mit ihren eigenen großen Entwürfen Schindluder treiben muss (wenn etwa an die sogenannten Reformstaaten zu denken ist, die sich ihre Verfassungen am Schreibtisch von Absolventen und Absolventinnen amerikanischer Universitäten schreiben lassen, ohne dass je eine Konstituante politisch aktiv geworden wäre; aber für das Versprechen von Aufnahmeverhandlungen mit der EU reicht es allemal noch), um den Anschein prosperierender Geselligkeit aufrecht zu erhalten, dann werde ich diesem absterbenden corpus nicht neues Leben einhauchen, indem ich seine alte Herrlichkeit noch einmal beschwöre. Und wenn ich den Konsens (auch den antifaschistischen Konsens) der Menschenrechte als Leerformel kritisiere, der die Kraft abhanden gekommen ist, wirklich für die Menschen, für alle Menschen zu sprechen, werde ich diesen Konsens nicht noch einmal beschwören, indem ich ihm einen letzten positiven Bezug zu verleihen versuche. Redl ist zuzustimmen, dass einmal Schluss sein muss, aber nicht mit der Debatte, sonder mit der Verteidigung dieser Gesellschaft, welche Form auch immer diese Verteidigung annehmen mag.

**Gerold Wallner:** Freier Autor und Anbieter antiquarischer Bücher in Wien.

Lizenz dieses Beitrags  
Gemeinfrei  
Gemeinfrei

### Beachten Sie auch:

- **Wer dankt Martin Walser?**  
(<http://contextxxi.org/wer-dankt-martin-walser.html>)